

LOKALES

Samstag, 08.03.2025



„Ascherdonnerstag“ im Wahlkampfmodus

Gordon Schnieder zu Zielen der Christdemokraten / Bürgermeister Cyfka fordert in Guldental Lösungen für lokale Herausforderungen

Von Norbert Krupp

GULDENTAL

. Nach der (Bundestags-)Wahl ist vor der (Landtags-)Wahl. Dies wurde beim „Politischen Ascherdonnerstag“ deutlich, den der CDU-Gemeindeverband Langenlonsheim-Stromberg und der CDU-Ortsverband Guldental im Pfarrheim St. Josef ausrichteten. Als prominenter Gast reiste Landes- und Fraktionsvorsitzender Gordon Schnieder an.

Schnieder, der die CDU als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf führen wird, freute sich, dass die CDU als stärkste Kraft aus der Bundestagswahl hervorgegangen sei und mit Friedrich Merz nun den Bundeskanzler stellen werde. Auch in Rheinland-Pfalz habe man hervorragend abgeschnitten, und Julia Klöckner habe sogar den Wahlkreis gewonnen. Mit dem neuen Bundestagswahlrecht wollte Schnieder sich nicht anfreunden: Vier Wahlkreise seien im Bundestag nicht mehr vertreten, allein in Rheinland-Pfalz seien dadurch 150.000 Erststimmen quasi wertlos geworden. „Das zeigt, dass wir an diesem Wahlrecht noch arbeiten müssen“, konstatierte er.

Martin fordert Geschlossenheit in der CDU

Bei den bereits aufgenommenen Koalitionsverhandlungen müsse die Lösung der Probleme der Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden, in den Bereichen Migration, Wirtschaft und Innere Sicherheit. Andernfalls werde man 2029 eine andere Republik erleben, warnte er eindringlich. Und dann werde es um andere KanzlerkandidatInnen gehen, die die erste Geige spielen wollen, sagte er mit Blick nach Österreich voraus. 2021 habe die AfD noch zehn Prozent bei der Bundestagswahl erzielt, doch nach mehr als dreieinhalb Jahren Ampel-Koalition mit Chaos habe sich ihr Stimmenanteil mehr als verdoppelt. Schnieder zeigte sich überzeugt, dass die CDU verlorene Wähler zurückgewinnen könne, wenn sie die Lösung von Problemen in Politik überführen könne: „Damit können wir die Links- und Rechtspopulisten wieder dorthin zurückschicken, wo sie hingehören – in die Bedeutungslosigkeit.“

Landtagsabgeordneter Dr. Helmut Martin dankte seinen Parteifreunden für deren erfolgreiches Engagement im Bundestagswahlkampf. „Man hat das Gefühl: Ein paar Narren regieren immer noch“, stellte er mit Blick auf die Weltnachrichten und das offizielle Ende der Fastnachtskampagne fest. Man stehe vor welt- und europapolitischen Herausforderungen, „die wir uns so nicht gewünscht hätten“: Sogar das Thema Zivilschutz sei plötzlich wieder aktuell. Dies berge aber auch die Chance, sich in der Krise auf das zu besinnen, was wirklich wichtig sei. Dazu gehöre ein großes Maß an Geschlossenheit – das brauche es mehr denn je in Europa, in Deutschland und mit Blick auf die Landtagswahl 2026 auch die CDU. Martin zeichnete seinen Guldentaler Parteifreund Linus Lorsbach für 50-jährige Mitgliedschaft in der CDU aus. Klöckner und Landrätin Bettina Dickes gratulierten.

Karnevalistische Atmosphäre ließ Olaf Budde mit seinem Vortrag als Protokoller des vergangenen Jahres aufkommen. Er erinnerte an den Gewobau-Skandal und die Krankenhaus-Fusion in Bad Kreuznach, in dessen Verkehr „oft nichts mehr geht“ und dessen Innenstadt durch Geschäftsaufgaben zur Geisterstadt zu verkommen drohe. Sogar dem Bäderhaus und der Therme stehe das Wasser bis zum Hals. Rote Fahrradstreifen hätten jedenfalls zur Stärkung der Wirtschaftskraft nichts gebracht, konstatierte er. Sperrungen und Staus verleideten jede Fahrt in die Stadt Bad Kreuznach, wo auch an jeder Ecke geblitzt werde.

Bürgermeister Michael Cyfka lenkte die Aufmerksamkeit auf die Probleme der VG Langenlonsheim-Stromberg und der anderen Kommunen. Das Problem mit dem in Windesheim untergebrachten Flüchtling aus Afghanistan sei seit Oktober 2024 noch immer nicht gelöst worden: Das Bundesinnenministerium habe nun bestätigt, das man hier alles richtig gemacht habe, aber der Bund derzeit nicht in der Lage sei, den Mann abzuschicken. Der Verbands- und der Ortsgemeinde seien also die Hände gebunden. Der in der Sache angeschriebene Ministerpräsident fordere in den Medien zwar die Abschiebung, habe der VG aber noch immer nicht geantwortet. „Die Menschen wollen konkrete Lösungen“, unterstrich Cyfka.

Cyfka verwies darauf, dass in der VG jetzt die Sonderumlage der Gemeinden der früheren VG Stromberg abgeschafft und ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet werden konnte. Nach der vom Land verordneten Fusion habe aber die Landesregierung nicht nachgefragt, wie das gelungen sei.